

derung der politischen Bedingungen den wirtschaftlichen Bau unseres Landes nicht notwendigerweise ungünstig den polnischen Besitzstand beeinflussen."

Es ist klar, daß diese Ideale das Großkapital wie den kapitalistischen Agrarier kaum befriedigen können. Das erste war bereit, mit Hilfe des russischen Imperialismus die Welt zu beherrschen, der zweite mußte bereits, daß seine Grundrente mit der kapitalistischen Entfaltung des eigenen Landes wächst. Wenn Rußland als imperialistische Weltmacht bis jetzt noch versagt hat, so wollen sie jedoch die Hoffnung auf Rußland nicht aufgeben. Sie wollen die Beziehungen zu Rußland nicht lösen, denn die wirtschaftlichen Interessen des Industriekapitals und des Großgrundbesitzes sind enger mit Rußland verknüpft als mit den Zentralmächten.

Anderer Ansicht sind die kleinbürgerlichen Elemente russisch-polens, die von der kapitalistisch-imperialistischen Entfaltung Rußlands nur benachteiligt wurden. Der Kleinhandel, die Kleinindustrie und das Handwerk, sie alle erhoffen eine Wiederbelebung unter dem Schutze der eigenen nationalen Regierung und bereiten sich vor, den Altweiber Sommer der Nationalepoche des Kapitalismus zu durchleben und die verpaßte Zeit des kapitalistischen Nationalismus zu repetieren, um national gestärkt ihre imperialistische Aufgabe erfüllen zu können.

Die Geschichte kann aber keine Repetierstunden für nachlässige Völker einrichten. In der Epoche des Imperialismus ist keine Zeit für Nachholungskurse des Kapitalismus vorhanden. Entweder ist Polen allein oder zusammen mit einer Weltmacht Subjekt des Imperialismus, oder es wird unter den noch so glänzenden äußeren Unabhängigkeitsformen Objekt desselben.

* „Nationalwirtschaftliche Entwicklungsbedingungen in Polen“ von Henryk Tenenbaum. „Polen“ 1. Jahrg. 1915. Nr. 43.

Aus unserm politischen Tagebuch.

Vor kurzem (am 5. Febr.) schrieb der „Braunschweiger Volksfreund“, der unter Redaktion Sepp Derters den linken Flügel des Zentrums vertritt, seufzend und klagend: „Ein dritter Teil der Opposition glaubt jetzt unter dem Belagerungszustand, neue grundsätzliche Änderungen am Programm, neue Stellungnahme zu den von dem Krieg aufgeworfenen Fragen der Vaterlandsverteidigung usw. als das wichtigste propagieren zu müssen und er will in der Opposition organisatorisch nur mitarbeiten, wenn die gesamte Opposition diese Neuerungen anerkennt. Diese Fragen sind zu diskutieren. Es muß zu ihnen Stellung genommen werden. Aber das wichtigste jetzt sind diese nicht.“ Das wichtigste sei „die Rettung des Sozialismus“, „einmütiges, entschlossenes, klares Handeln“. „Und dieses Handeln besteht gegenüber dem bewußten Abdrängen der Sozialdemokratischen Partei zu einem sozialisierenden(!) Nationalliberalismus und der zu diesem Zwecke herbeigeführten Spaltung durch den Parteiausschuß und Parteivorstand in der Aufrechterhaltung und in der organisatorischen Konstituierung der alten sozialdemokratischen Partei auf dem vorläufigen Boden des Erfurter Programms, der Beschlüsse der Parteitage und der internationalen Kongresse.“

So wie der „Volksfreund“ mögen auch viele andere Genossen denken. Aber es genügt, darauf hinzuweisen, daß die Sozialpatrioten aller Länder sich auch auf die Beschlüsse der internationalen Kongresse berufen, in denen das Verteidigungsrecht der Nationen anerkannt ist, ja, daß sie sich selbst auf die Stuttgarter Resolution berufen, die die Pflicht des Kampfes um den Frieden feststellt,

indem sie sagen: hat Scheidemann nicht immerfort für den Frieden gesprochen, geschrieben, gereist, diniert, gefunkt! Wollen wir hiergegen ankämpfen, wollen wir dies „einmütig, entschieden, klar“ tun, wie es der „Volksfreund“ fordert, so ist es selbstverständlich, daß wir selbst vorerst klar darüber sein müssen, was diese Entschlüsse enthalten, was in ihnen angesichts der neuen Erfahrungen eines zweiundeinhalbjährigen ungeheuren Welterdbebens hinfällig wurde, was wir zulernen müssen. Ohne diese Klärungsarbeit gibt es eben kein entschlossenes, klares Handeln. Will deswegen der „Volksfreund“ auf das Handeln verzichten?

Ein Zusammenschluß auf dem Boden der Unklarheit würde nicht nur zu keinem einheitlichen, entschlossenem, klarem Handeln führen, sondern umgekehrt dieses Handeln verzögern, die Arbeiter weiter verwirren. Würde die entschiedene Linke heute sich entschließen, sich den Mehrheitsentschlüssen des Zentrums zu unterwerfen, um eine „einheitliche Front“ gegen die Sozialpatrioten und die Imperialisten zu bilden, sie würde morgen diesen Entschluß brechen müssen, zu selbständigem Handeln greifen, da die Zentrumsleute weder gegen den Sozialpatriotismus noch gegen den Imperialismus einen wirklichen Kampf zu führen imstande sind. Die Spaltung würde der Einigung auf dem Fuße folgen, nur daß die geweckten Hoffnungen Enttäuschungen hinterlassen würden.

Es mag ein sehr bitteres Gefühl sein, daß die Einigung der „Opposition“ unmöglich ist und Arbeiter, die das Wesen der Gegensätze noch nicht verstehen, mögen sich momentan verärgert vom Kampfe zurückziehen. Darüber hilft ein Donnerwetter des „Volksfreunds“ und Gleichdenkender nicht hinweg. Niemand kann den Arbeitern die Arbeit des eigenen Kopfes, kann ihnen eigenes Denken ersparen, sie selbst müssen die Klarheit schaffen, indem sie sich für den einen oder den anderen Standpunkt entscheiden, denn nur von einem aus können sie entschieden, klar und konsequent handeln.

28. Februar.

Die Hamburger Linksradiكالen haben ihre eigene Organisation gegründet. Sie steht in bewußtem Gegensatz nicht nur zu den Sozialpatrioten, sondern auch zum Parteizentrum. Wie die Hamburger Linksradiكالen orientiert sind, zeigt eine Resolution, die die Grundlage zur Konstituierung der eigenen Organisation bildet, Sie hat etwa folgenden Wortlaut:

„Die Politik des 4. August ist ein Bestandteil der Politik des imperialistischen Bürgertums; die Vertreter dieser Politik sind daher als Klassegegner der Arbeiterschaft zu bekämpfen.“

Die sozialpazifistische Opposition des Parteizentrums und der Arbeiterschaft unterscheidet sich nicht grundsätzlich von der Politik des Sozialpatriotismus; sie ist, wie die Politik des 4. August, grundsätzlich zu bekämpfen, da sie durch ihre Illusionen der Schiedsgerichte und der Abrüstungen in den Arbeitern die Vorstellungen eines friedlichen Imperialismus erweckt und dadurch die Kampfkraft der Arbeiterklasse lähmt.

Die Grundlage des Kampfes der Arbeiterklasse bilden die Massenaktionen, in deren Dienst auch der Parlamentarismus zu stellen ist.

Die Spaltung der Partei erfordert den organisatorischen Zusammenschluß aller Linksradiكالen zum Kampfe gegen Parteizentrum und Sozialpatriotismus und die Schaffung einer eigenen Presse; sie erfordert ebenso die Anbahnung der internationalen Verständigung der Arbeiterklasse auf dem Boden des grundsätzlichen Kampfes gegen den Imperialismus.“

Wir begrüßen den Schritt unserer Hamburger Freunde aufs herzlichste und hoffen, daß die große Mehrzahl der Hamburger Arbeiter sich hinter die neue Organisation stellen wird.

Verantwortlich: Frau Ahrens; Druck und Verlag: Verlag der „Arbeiterpolitik“ (Karl Becker); sämtlich in Bremen.



Arbeiterpolitik

Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus.

Nr. 10

Erscheint wöchentlich einmal.
Redaktion u. Expedition:
Amunberstraße Nr. 23.

int. Institut
Soc. Geschichts
Bremen, den 10. März 1917

Einzel-Nummer 15 Pfg. Durch
die Post bez.: monatlich 60 Pfg.,
vierteljährlich 1.80 M. o. Bestellgeld

Inhalt:

Vor der Entscheidung	Seite 73
An unsere Gesinnungsgenossen! Aufruf der S. S. D.	75
Das Zentrum der Partei und die Kriegsfragen	77
Aus unserm politischen Tagebuch	79
Feuilleton:	
Der Berichterstatter. Von Iwan Turgenjef	80
„Des Thoren Urteil wirst du hören...“ Von Iwan Turgenjef	80
Rohlsuppe. Von Iwan Turgenjef	80

Vor der Entscheidung.

Die Konferenz der „Opposition“ stellt die Linksradiكالen vor eine Entscheidung, die viel schwerwiegender ist, als man noch vor einigen Wochen annehmen konnte. Es gilt, der Lage kühl und klar in die Augen zu blicken und sie ohne alle diplomatischen Rücksichten darzustellen, damit sie die linksradiكالen Arbeiter rücksichtslos durchdenken. Wir haben nichts zu verheimlichen und brauchen Selbstverständigung.

Wie ist das Stärkeverhältnis in der „Opposition“? Mit Ausnahme weniger Orte steht die Mehrheit der oppositionellen Arbeiter hinter der Arbeiterschaft. Nicht als ob diese Arbeiter ihren grundsätzlichen sozialpazifistischen Standpunkt teilen würden. Die Mehrheit der oppositionellen Arbeiter ist aus Klasseninstinkt Gegnerin der Politik des 4. August. Sie lehnt diese Politik als das Aufgeben des Klassenkampfes ab. Aber die wirkliche Bewegung der oppositionellen Arbeiterschaft ist einstweilen nur zu einem kleinen Teile über das Stadium des Protestes gegen die Politik des 4. August hinausgegangen, sie hat sich erst sporadisch und spontan an einzelnen Orten zum Kampf gegen den Imperialismus aufgeschwungen. Das hat mancherlei Gründe. Die aktivsten Elemente, die Arbeiter vom 20. bis 40. Lebensjahr, stehen im Felde, die Arbeiterfrauen werden erst jetzt in großem Umfange durch die kapitalistische Arbeit zum Kampfe erzogen. Dieser Stand der objektiven Entwicklung bringt es mit sich, daß nur ein kleiner Teil der Arbeiterschaft über das: was weiter? und wie weiter? — nachdenkt.

Die ungeheuren Probleme, vor die der Weltkrieg die Arbeiterklasse aller Länder stellt, die Notwendigkeit einer Neuorientierung in den neuen Bedingungen der Arbeiterbewegung, die der Imperialismus in den letzten 20 Jahren geschaffen, die aber erst im Kriege in aller Klarheit sich enthüllen, alle diese Fragen sind für die oppositionellen Arbeitermassen nicht nur nicht geklärt, sondern für ihre Mehrheit nicht einmal vorhanden. Ihr

Protest gegen die Politik des 4. August ist revolutionär-konservativen, nicht weiterbauenden Charakters. Diese Umstände geben der Arbeiterschaft ein Uebergewicht über uns. Das Zentrum schmachtet an der Zurückgebliebenheit des Bewußtseins der Arbeitermasse hinter den Änderungen des sozialen Seins. Wir linksradiكالen Pioniere bilden erst einen kleinen Teil der klassenbewußten Arbeiterschaft. Und selbst unter diesen Pionieren ist die Mehrheit, durch die mangelnde Praxis der Arbeiterschaft abgestoßen, erst auf dem Wege zum vollen Erfassen des Wesens der internationalen Krise des Sozialismus.

Dies sind auch die objektiven Quellen der Zauderpolitik, die wir oft an der stärksten Gruppierung der Linksradiكالen, an der Gruppe Internationale (Spartacus) in ihrem Verhältnis zum Zentrum kritisierten. Abgesehen davon, daß ihre aktivsten Führer in dieser Zeit nicht in ihren Reihen sind, was ihre Entschlossenheit oft hemmt, fragt sie sich, das hier Ausgeführte bedenkend, oft: ist die notwendige Trennung vom Zentrum momentan nicht verfrüht? Verfrüht in diesem Sinne, daß wir bei einer sofortigen Trennung nicht nur auf einen Teil der Arbeiterschaft verzichten müssen, die uns sonst in den Taten folgt, sondern daß selbst ein Teil unserer eigenen Anhänger uns nicht folgen würde, da sie noch Illusionen über die Wandlungsfähigkeit des Zentrums haben? Die Gruppe Internationale rechnet damit, daß der Abgrund, der zwischen dem Linksradiكالismus und dem Zentrum besteht, den Massen noch unbekannt ist, und daß sie ihn erst bei weiterer Verschärfung der Gegensätze erkennen werden.

„Die definitive Konstituierung kann nicht dekretiert werden, sie fällt zusammen mit der Bewegung, die wir durchlaufen haben“ — diese Worte, die Marx im Jahre 1848 in der „Neuen Rheinischen Zeitung“ über die deutsche Einheit geschrieben hat, scheinen die Grundlage der Haltung der Gruppe „Internationale“ dem Zentrum gegenüber zu bilden. Es schreckt sie das Schicksal einer propagandistischen Sekte ab.

Wir würdigen vollkommen die Bedenken der Gruppe „Internationale“ gegen die sofortige Konstituierung einer selbständigen linksradiكالen Partei, weil auch wir uns sehr gründlich mit uns selbst auseinandersetzen, bevor wir unsere Parole ausgeben und uns immerfort die Gründe für und gegen sie überlegen. Und trotzdem bleiben wir bei der Lösung. Wenn irgend etwas unsere Bedenken zu zerstreuen geeignet war, so die Kundgebung des Genossen Ledebour: „Ein Wort an die Jüngenden“

in der „Leipziger Volkszeitung“ vom 24. Februar. Dieser Artikel klärt vollkommen die Lage. Wir rechneten damit, daß die Zentrumsleute noch eine Spanne Zeit in einem amorphen Zustand des „Kampfes ums Recht“, d. h. um die Einheit mit den Sozialpatrioten bleiben würden.

Die Rechtsstudien Eduard Bernsteins auf dem Gebiete des Parteistatuts, die Tränen Kautskys in der „Neuen Zeit“ darüber, daß er und seine Freunde mir nichts, dir nichts aus der Partei hinausgeschlagen sind, wie dies bisher bei keiner Spaltung geschah, die Kautsky während einer vierzigjährigen Zugehörigkeit zur Internationale beobachtet hat, alle diese Rindereien begründeten vollauf die Annahme, daß sich die Arbeitsgemeinschaft noch nicht zur Konstituierung als Partei aufschwüngen werde. Würde sie sich nicht als Partei konstituiert haben, so würde das einstweilige Verbleiben mit ihr in denselben Organisationen, bei Beibehaltung der Sonderexistenz der linksradikalen Gruppen, ihrer vollkommenen Freiheit nicht nur der Kritik, sondern auch der Aktion, schließlich nur das Verbleiben bei dem jetzigen Zustand, bei dem wir nicht schlecht führen, bedeuten. Würden sich die Linksradikalen darüber hinaus auf dem Boden der allgemeinen oppositionellen Organisationen vereinigt haben, so würde sie von dem von uns erstrebten Ziele der Bildung einer eigenen Partei nur das Fehlen des eigenen Namens, des offenen Banners trennen. Das wäre ein Mangel, aber schließlich angesichts der oben genannten Umstände einer, mit dem man sich zeitweilig ausöhnen kann.

Lebedour wiederholt die Argumente, die wir gegen Bernstein u. Ko. gebraucht haben: man kann auf einem nicht bestehenden Rechtsboden nicht kämpfen; er verhöhnt die Bernstein und Haase, er verzichtet auf die Hoffnung, daß noch ein gemeinsamer Parteitag mit den Sozialpatrioten stattfinden könnte, er fordert die Bildung der „Arbeitsgemeinschaft der deutschen Sozialdemokratie“, d. h. der Zentrumsparthei. Und wie die Stimmung in den Kreisen der Zentrumsanhänger ist, gehen wir kaum fehl, daß Lebedour, nicht Bernstein auf der Konferenz die Oberhand gewinnt. Es wird eine Zentrumsparthei mit einem provisorischen Vorstand, der politische Beschlüsse haben wird, gebildet werden. Müßten die Zentrumsleute, wenn sie sich nicht als Partei konstituiert hätten, uns die Freiheit der Existenz als linksradikale Sonderorganisation geben, müßten sie uns dann die Freiheit der Aktion gewähren, so werden sie jetzt, wo sie sich als besondere Partei konstituieren, sagen: wir sind eine sozialdemokratische Partei, wir erkennen das Programm der Partei, die Beschlüsse der internationalen Kongresse an; gehen diese euch nicht weit genug, gut, agitiert für ihre Aenderung durch die zukünftigen Parteitage; ihr habt volle Freiheit der Kritik, aber Sonderorganisationen, besondere Aktionen können wir nicht dulden: die Minderheit muß sich der Mehrheit unterwerfen, und kann es, da beide auf gleichen Boden stehen.

Würde das letztere der Fall sein, so hätten sie recht. Aber wie wir viele Male in unserm Blatte gezeigt haben, und jetzt in der Polemik gegen Kautsky wieder demonstrieren, bestehen zwischen dem Zentrum und den Linksradikalen die tiefsten grundsätzlichen und taktischen Unterschiede, die bei jedem Schritt der Bewegung zu Zusammen-

stößen führen werden. Mancher unserer Freunde von der Gruppe „Internationale“ wird auf das letzte Auftreten Lebedours hinweisen und sagen: sehet, die entschließen sich doch zur Bildung der eigenen Partei, auch die prinzipiellen Unterschiede werden mit der Zeit überwunden werden. Wir halten dies für ausgeschlossen und sind überzeugt, daß selbst in einer unwalzenden Massenbewegung das Zentrum den rechten, opportunistischen, bremsenden Flügel bilden wird.

Der Entschluß zur Anerkennung der taktischen vollzogenen Spaltung, wie er bei Lebedour und Ströbel nach dem Hinauswurf zustande gekommen ist, ist ein Resultat des Selbsterhaltungstriebes einer politischen Organisation, die leben will. Aber wie sie leben wird, d. h. welche Politik sie treiben wird, das wird durch tiefere Momente, als politisch-organisatorische Konkurrenzgründe bestimmt: sie wird leben als politisches Organ einer proletarischen Uebergangsschicht und Uebergangszeit, immer pendelnd zwischen Sozialpatriotismus und Linksradikalismus. Setzt nicht bald eine scharfe Brise ein, wird die Arbeiterklasse unfähig zu Aktionen sein, so wird das Zentrum seine passiv-protestierende Haltung, seine sozialpazifistische, verwirrende Agitation weiter-treiben.

In dieser Situation — wir halten sie für unwahrscheinlich, müssen aber mit ihrer vorübergehenden Möglichkeit rechnen — würde es für die Arbeiterklasse eine Lebensfrage sein, ob wir eine aufrüttelnde, entschiedene Agitation führen können oder nicht. Aber diese Situation würde uns, als einen Teil der Zentrumsparthei, vollkommen die Hände binden, uns zur Rolle einer rein kritisierenden Minderheit in ihr verurteilen. Kommt aber in die Bewegung ein schärferes Tempo, dann stehen vor uns große Aktionsaufgaben, für die wir volle Freiheit des Handelns, der Agitation brauchen. In jedem Falle dürfen wir dem Zentrum gegenüber nicht geringere Bewegungsfreiheit haben, als wir sie uns den Sozialpatrioten gegenüber erobert hatten. Ein Verzicht auf unsere eigene Zentralisation, auf die Freiheit der Aktion, auf die Freiheit der rücksichtslosen Kritik, das heißt auf das Wesen einer besonderen Partei, wäre ein Selbstmord, ein Verzicht auf Waffen im Kampfe für unsere Ziele und Grundsätze.

Wie aber die drei Parteien, in die sich die alte Sozialdemokratie Deutschlands gespalten hat, nicht in ihr existieren konnten, so werden auch zwei nicht in einer Partei zusammenwohnen können. Keine „Arbeitsgemeinschaft“, sondern eine „Hadergemeinschaft“ würde die „einige“ Partei darstellen. Konstituiert sich das Zentrum als selbständige politische Partei, dann ist der Kristallisierungsprozeß in der Mitte der alten Partei weiter fortgeschritten als wir glaubten und es würde eine große Gefahr für uns bedeuten, wenn nur der linke Flügel amorph, unorganisiert bleiben würde. Die Sozialpatrioten hätten dann in ihrem Parteivorstand, das Zentrum in der Arbeitsgemeinschaft ihre politische Leitung. Die Linksradikalen, die die Zukunft der Bewegung, ihre Kristallisationsachse darstellen sollen, wenn sie wirklich in Fluß kommt, sie allein würden auf dem Kampffelde nur als atomisierte Gruppen erscheinen. Das darf nicht sein.

Die Linksradikalen stehen vor einer schwerwiegenden

Entscheidung. Die größte Verantwortung liegt bei der Gruppe „Internationale“, in der wir trotz aller Kritik, die wir an ihr üben müssen, die aktivste, zahlreichste Gruppe, den Kern der zukünftigen linksradikalen Partei anerkennen. Ohne sie — das gestehen wir offen ein — werden wir und die S. S. D. in absehbarer Zeit keine aktionsfähige Partei bilden können. Von der Gruppe „Internationale“ hängt es ab, ob der Kampf der Linksradikalen in geordneter Front, unter eigenem Banner, wenn auch einstweilen durch eine kleine Armee geführt wird, oder ob die Gegensätze in der Arbeiterbewegung, die einmal bestehen und deren Durchkämpfung ein Faktor der Klärung, der Machtgewinnung ist, eine lange Zeit in verwirrter Form, also langsamer ausgefochten werden.

Die geringe Zahl, die einstweilen hinter uns steht, gibt keinen Anlaß zur Angst, daß wir eine Sekte bleiben werden. Nicht von der Zahl hängt der Charakter einer Parteibildung ab. Sie ist eine Sekte, wenn sie die Arbeiterbewegung nicht durch Teilnahme an allen ihren Kämpfen, sondern durch reine Propaganda, durch Anpreisung ihrer Allheilmittel zu gewinnen sucht. Eine solche Taktik ist dem Wesen des Linksradikalismus vollkommen fremd, der das Schwergewicht eben in der Massenbewegung sieht und sich an jeder ihrer Äußerungen beteiligen wird, mögen sie noch so sehr im Anfangstadium stecken und den Charakter des Unreifen tragen. Nicht von der Arbeiterbewegung trennen wir uns, wenn wir uns organisatorisch vom Zentrum trennen. Wir werden in den Gewerkschaften der vorwärtstreibende Teil sein, wir werden jeden Schritt des Zentrums unterstützen, wo es kämpft und selbständig der Masse vorangehen, wo es versagt. Darum wird jeder Schritt der Arbeiterbewegung nach vorwärts unsere Reihen stärken, wenn wir unter dem eigenen Banner an dem Kampfe des Proletariats teilnehmen werden, an jedem seiner Schritte ihm die Richtigkeit unserer Ziele demonstrierend. Es hat die Stunde geschlagen, wo es zu wagen gilt. Mögen alle unsere Gesinnungsgenossen ihren Schlag vernehmen und ohne Scheu vor allen Hindernissen an die Pionierarbeit gehen:

Das Vergangene lassen wir hinten,
Gehen los auf eine neue, weite, wechsellustige Welt;
Früh und stark ergreifen wir sie, Welt der Arbeit
und des Marsches,

Pioniere, Pioniere!

An unsere Gesinnungsgenossen!

Die Zeit der Erfüllung scheint zu nahen. Nachdem die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft wieder und wieder durch Ablehnung der Beitragsperre sich geweigert hat, den Bruch mit dem Parteivorstand zu vollziehen, hat dieser nunmehr den Spieß umgedreht und weigert sich, von den Arbeitsgemeinschaftlern hinfort noch Beiträge anzunehmen. Solchergestalt aus der Partei hinausgedrängt, sehen sich die Arbeitsgemeinschaftler wohl oder übel gezwungen, eine eigene Partei zu gründen, und das soll in einer Konferenz geschehen, die vermutlich schon Mitte März stattfinden wird. Damit tritt an jeden, der der sozialdemokratischen Sache treu geblieben ist, die Frage heran, ob er der neuen Partei der Arbeitsgemeinschaft beitreten oder wie er sich sonst verhalten soll.

Um das zu entscheiden, muß man sich darüber klar werden, was von dieser neuen Partei für die Sache des Sozialismus zu erwarten sei. Dazu genügen aber nicht die guten Absichten ihrer Gründer, denn wer wollte bezweifeln, daß die Männer und Frauen, die vor 40—50 Jahren die deutsche Sozialdemokratie gründeten, von den allerbesten Absichten befeelt waren? Und dennoch haben sie nicht verhindern können, daß ihr Werk im Laufe der Jahre zu einer Waffe gegen den Sozialismus geworden ist. Gesezt also selbst den Fall, daß die Führer der Arbeitsgemeinschaft uns jetzt mit einem tadellosen Programm kämen, wo ist die Sicherheit, daß es nicht im Laufe der Jahre durch die Praxis ebenso in sein Gegenteil verkehrt werden wird wie die ehemals sozialdemokratische Partei? Man täusche sich doch darüber nicht, daß das Vertrauen weg ist und daß es keineswegs nur darauf ankommt, eine neue Partei mit einem neuen besseren Programm aufzubauen. Was uns not tut, sind nicht neue Leitsätze, Resolutionen und Programme — könnte daran die Arbeiterklasse genesen, sie müßte längst gesund sein, denn damit ist sie seit 50 Jahren zum Ueberdruß gefüttert worden. Sondern — ja, was denn? Was ist es, das uns not tut? Was ist das Neue, das an Stelle des zusammengebrochenen Alten gesetzt werden muß?

Am 4. August 1914 haben die Reichstagsabgeordneten der sozialdemokratischen Partei die Kriegskredite bewilligt. Die Partei zählte damals ungefähr eine Million Mitglieder. Zu einer Katastrophe hat sich das Versagen der 110 nur deshalb ausgewachsen, weil man ihnen eine so überragende Stellung eingeräumt hatte, weil man zu ihnen wie zu Halbgöttern emporblickte, weil man gewohnt war, von ihnen und den sonstigen „Führern“ das politische Verhalten der Partei bestimmen zu lassen. So kam es, daß gegen ihren Umfall zunächst überhaupt kein Widerspruch sich regen konnte — Monate hat es gedauert, bis es auch nur möglich war, ihr Verhalten in der Öffentlichkeit zu kritisieren — und so kam es, daß ein nicht unbeträchtlicher Teil der Parteimitglieder, jeder Selbständigkeit in Denken und Handeln ungewohnt, zu dem Verhalten der Führer Ja und Amen sagte, entsprechend der alten Gewohnheit, in dem „Führer“ und zumal in dem Abgeordneten einen Vormund zu sehen, der alles viel besser weiß als so ein armer Prolet.

Soll gegen die Wiederholung derselben Vorgänge die Gründung einer neuen Partei helfen, die an Stelle der Führer Scheidemann und Ebert einfach die Führer Haase und Lebedour setzt oder auch die Führer Liebknecht und Luxemburg?

Doch forschen wir weiter, woher jene Anselbständigkeit gekommen ist. Sie hat natürlich mancherlei Gründe, vor allem die Jahrtausende lange Anselbständigkeit der Volksmassen überhaupt. Aber durch das ganze Verhalten der sozialdemokratischen Partei seit mindestens 25 Jahren mußte sie erstarkt und befestigt werden. — Was war das für ein Verhalten der Partei?

Unglaublich aber wahr: die sozialistische „Betätigung“ der allermeisten Mitglieder der sozialdemokratischen Partei hat diese langen Jahrzehnte hindurch in nichts anderem bestanden als darin, sich alle paar Jahre einen neuen Vormund zu wählen — meist behielt man sogar den alten, — und dann abzuwarten, was dieser für sie tun

würde. Das Wählen war nicht nur die höchste und heiligste, sondern geradezu die einzige Pflicht des braven Sozialdemokraten. Denn selbst zum Zettelaustragen, zum Versammlung-abhalten und ähnlichen sogenannten „Aktionen“ der Partei kam ja nur eine kleine Minderzahl der Mitglieder. Das hat denn natürlich jeden Funken von Selbständigkeit und von demokratischem Geist erstickt und ertötet. Man bildete sich ein, der Besitz recht vieler Reichstagsmandate sei „politische Macht“, und diese erringen zu helfen, sei die einzige Aufgabe der Parteigenossen. Darin lag der weitere Gedanke, daß die Befreiung des Proletariats, die Herbeiführung des Sozialismus Sache der Reichstagsabgeordneten und der anderen „Führer“ sei. Wenn diese es mit ihrer Aufgabe ernst nahmen, so standen sie nun vor der Pflicht, irgend etwas für die Arbeiter zu tun. Was aber kann man denn im Reichstag tun? Man kann dort wirklich und wahrhaftig weiter nichts tun als — Reden halten! Und so kam man naturgemäß in jene Geistesverfassung hinein, die in einer guten Rede eine Tat erblickt, während sie doch nur ein Propagandamittel sein kann, um sozialistische Erkenntnis zu verbreiten und sozialistische Tatkraft zu wecken. Wer aber damit nicht genug hatte, wer sich auf die Dauer der Erkenntnis nicht verschloß, daß auch die besten Reden an den bestehenden Umständen keinen Pfifferling ändern konnten, den drängte es, wenn anders er Pflichtgefühl besaß, nach „positiven Erfolgen“. Darunter verstand man kleine Änderungen an den Gesetzen, wodurch man für die Arbeiter diese oder jene Erleichterung erhoffte. Solche „positiven Erfolge“ konnten aber die Sozialdemokraten in den Parlamenten niemals aus eigener Kraft durchsetzen. Denn selbst als sie im Reichstag auf 110 angewachsen waren, stand ihnen eine kompakte Mehrheit von 287 gegenüber. Da glaubte man denn, durch kluge Ausnutzung der Interessengegensätze zwischen den bürgerlichen Parteien, d. h. durch Diplomatie etwas erreichen zu können, und der Arbeiterführer wurde zum Diplomaten. Hier aber ward nun unentbehrliche Bedingung die Verschwiegenheit. Darf denn der Diplomat seine klugen Pläne auf offenem Markt ausposaunen, wo sie der Gegner alsbald erfährt? Auf diesem Wege kam die Partei in jenen Zustand hinein, daß alle wichtigen Entscheidungen in kleinen, streng geschlossenen Zirkeln gefaßt wurden, nicht nur ohne die Genossen zu befragen, sondern ohne ihnen auch nur etwas davon mitzuteilen.* Und für die Genossen blieb außer dem Wählen nichts zu tun, als die von den Führern gefaßten Beschlüsse auszuführen. Das nannte man „Disziplin“ und hatte damit glücklich die demokratische Disziplin, welche will, daß Vorstände, Abgeordnete etc. die von den Mitgliedern gefaßten Beschlüsse ausführen, auf den Kopf gestellt.

Das ist der Zustand, der in der sozialdemokratischen Partei nun schon seit Jahrzehnten geherrscht und ihr jede sozialistische Tätigkeit unmöglich gemacht hat. Auch wenn der Krieg nicht gekommen wäre, so wäre doch die Partei in dieser Verfassung ganz außer Stande gewesen, für den Sozialismus zu kämpfen, denn „diese gesellschaftliche Umwälzung (nämlich der Sozialismus) ...

* Ueber die ungeheuer folgenreichen Verhandlungen der Reichstagsfraktion am 2. und 3. August 1914 ist bis heute nicht Rechenschaft noch Bericht gegeben worden!

kann nur das Werk der Arbeiterklasse sein“, sagt mit vollem Recht das Erfurter Programm, und darin liegt vor allen Dingen, daß sie nicht das Werk von irgendwelchen „Führern“ sein kann und wären diese die tüchtigsten Menschen mit lauterstem Charakter und edelsten Absichten.

Welche Sicherheit gegen die Wiederkehr solcher Zustände gewährt die Gründung einer neuen Partei? Gar keine. Zumal dann nicht, wenn sie von Leuten ausgeht, die, genau wie die alte Partei, als erstes und wichtigstes Ziel des Strebens den Besitz möglichst vieler Parlamentsmandate ansehen. So aber steht es um die Führer der Arbeitsgemeinschaft. Hätten sie nicht in diesen Dingen, auf die es gerade jetzt ankommt, dieselben Ansichten wie die Scheidemänner, so würden sie nicht am 4. August 1914 und noch lange nachher — entgegen ihrer Ueberzeugung — die Kriegskredite bewilligt haben; es würde nicht ihr erster Führer vor aller Welt jene Erklärung verlesen haben, die er selbst vorher im Beratungszimmer als „Schützenbrüderphrasen“ verurteilt hatte; sie würden nicht eineinhalb Jahre lang die Politik der Scheidemänner teils durch offene Beihilfe, teils durch schweigendes Mitgehen unterstützt haben; sie würden nicht bis in die jüngste Zeit hinein am Zusammengehen mit ihnen festgehalten haben, so lange bis von der anderen Seite der Bruch erfolgte. Dies alles taten sie unter Berufung auf die „Disziplin“, um die „Einheit“ der Partei zu wahren. Das heißt — wenn man persönliche Motive ausschaltet und die Dinge rein sachlich betrachtet — sie taten es, um eine große Partei beieinander zu halten, weil nur eine große Partei viele Parlamentsmandate haben kann, und weil man nur mit vielen Mandaten im Parlament „politische Erfolge“ erreichen kann. Sie befinden sich also genau auf dem Wege, der die alte Partei zum Zusammenbruch geführt hat. Und man kann ihrer Versicherung glauben, daß sie die Partei wieder dahin führen wollen, wo sie vor dem 4. August 1914 gestanden hat.

Die Spartacusführer wollen, wie wir vernehmen haben, ihren Beitritt zur neuen Partei von deren Programm abhängig machen. Wir zweifeln nicht daran, daß ein schönes Programm zustande kommen wird, der Hauptunterschied zwischen Arbeitsgemeinschaft und Spartacusführern ist ja jetzt beseitigt: die Beitragsperre. Die Arbeitsgemeinschaft kann jetzt ihre Beiträge nicht mehr an den Vorstand der Scheidemannpartei abliefern. Nun bestehen zwischen ihnen nur noch unwesentliche Differenzen, indem die Spartacusführer glauben, durch Massenaufgebote, Straßendemonstrationen usw. auf die Zusammensetzung und die Beschlüsse des Reichstages einwirken zu können, und auch über die Art der Ausnutzung der Parlamentstribüne. Das sind keine wesentlichen Unterschiede; durch ein wenig Nachgiebigkeit von beiden Seiten wird man sich darüber einigen können, zumal die Spartacusführer in dem wesentlichsten Punkte, in der Frage des Führertums, nicht von der Arbeitsgemeinschaft abweichen. Haben doch die Spartacusführer auch vorher eineinhalb Jahre mit den jetzigen Arbeitsgemeinschaftlern zusammengearbeitet, als diese noch längst nicht die Kriegskredite ablehnten, und haben sie doch seitdem nie das Streben nach einer Wiederherstellung dieser Gemeinschaft ausgegeben. Sie werden also wahrscheinlich ein schönes

Programm aufstellen, gegen das theoretisch vielleicht wenig einzuwenden sein wird, obgleich es natürlich immer möglich bleibt, jede radikale Forderung durch eine noch radikalere zu übertrumpfen. Aber dann werden sie wieder die Vollmacht beanspruchen, als Führer das neue Programm zur Anwendung zu bringen.

Auf diese Weise würde eine neue Partei nur bedeuten, daß der alte Geist in neue Formen gegossen wird. Das aber kann uns nicht weiter helfen. Worauf es ankommt, ist die Beseitigung jeglichen Führertums in der Arbeiterbewegung. Was wir brauchen, um je zum Sozialismus zu gelangen, ist reine Demokratie unter den Genossen, das heißt Gleichberechtigung, Selbständigkeit, Wille und Kraft zur eigenen Tat bei jedem Einzelnen. Nicht Führer dürfen wir haben, sondern nur ausführende Organe, die, anstatt ihren Willen den Genossen aufzuzwingen, umgekehrt nur als deren Beauftragte handeln.

Das ist die Auffassung, wodurch die unterzeichneten Internationalen Sozialisten Deutschlands sich von allen anderen Gruppen innerhalb der deutschen sozialistischen Opposition unterscheiden. Wir behandeln es demgemäß als offene Frage, ob das, was jetzt zu geschehen hat, gerade die Gründung einer neuen Partei ist. Jedenfalls wenn es geschehen soll, dann nicht auf Wunsch und Befehl einiger Führer, sondern aus dem Willen der Beteiligten selbst heraus. Wir geben keine Parole aus, wie wir überhaupt jede Art von Bevormundung vermeiden wollen. Man hat uns gesagt, ohne das sei keine Politik zu machen. Selbst wenn das zutreffen sollte, könnte es unsern Entschluß nicht ändern. Denn wohin eine Politik mit Bevormundung führt, haben wir soeben schauernd erlebt und bedanken uns für Wiederholung. Aber wir glauben auch nicht, daß die Warner Recht haben. Im Gegenteil, wir sind überzeugt, daß eine sozialistische Politik — d. h. eine solche, die zum Sozialismus führt — überhaupt nur aus dem gemeinsamen Willen der Arbeiter und ohne Bevormundung geboren werden kann.

Wer über die Hauptfrage der gegenwärtigen Krise der sozialdemokratischen Bewegung, nämlich über die Frage des Führertums, ebenso denkt wie wir, wird deshalb gebeten, sich mit dem Unterzeichneten in Verbindung zu setzen.

Die Internationalen Sozialisten Deutschlands.

J. A.: Julian Borchardt.

Berlin-Lichterfelde, Hedwigstr. 1.

Anmerkung der Redaktion der „Arbeiterpolitik“.

Wir begrüßen den Aufruf der I. S. D. weil er geeignet ist, die Klärung unter den Linksradikalen zu fördern. Es wäre sicher von Vorteil gewesen, wenn die I. S. D. schon früher, bei jeder auftauchenden Differenz zwischen sich und den anderen linksradikalen Gruppen ihre Auffassung öffentlich zum Ausdruck gebracht hätte, da dann die Klärung in diesem, für die deutsche Arbeiterbewegung so hochbedeutungsvollen Augenblick bedeutend weiter fortgeschritten wäre. Wir werden in der nächsten Nummer der „Arbeiterpolitik“ ausführlich auf die vorstehenden Ausführungen der I. S. D. zurückkommen. Für heute nur folgendes:

Auch die I. S. D. sind der Meinung, daß ein Zusammengehen mit der Arbeitsgemeinschaft nicht möglich ist. Sie stimmen hierin mit der Auffassung der Gruppe Internationale und der unsrigen überein, wie denn der Gen. Borchardt als Redakteur der „Lichtstrahlen“ von Anfang des Krieges an die Parole ausgab: Kampf gegen das Parteizentrum. Weit wichtiger aber ist die

Uebereinstimmung aller linksradikalen Gruppen in der Frage der Taktik. Sie alle sehen ausnahmslos in der Verwirklichung des Wortes, daß die Befreiung der Arbeiterklasse nur das Werk der Arbeiter selbst sein kann, den Mittelpunkt der ganzen linksradikalen Propaganda. Das ist es auch, was uns, trotz mancher Differenzpunkte, mit der Gruppe Internationale eint. Von diesem Gesichtspunkt aus orientieren sich für die Linksradikalen alle anderen Fragen der Taktik und der Organisation und vor allem das Problem: Massen und Führer. Und eben die Frage der Massenaktionen ist es, die die Linksradikalen im tiefsten Grunde von dem Parteizentrum und der Arbeitsgemeinschaft trennt.

Wenn einige Führer der Gruppe Internationale das Bestreben zeigen, die alte Führertaktik in der neuen Bewegung wieder aufleben zu lassen, so beweist das noch nicht, daß dieses Bestreben von den Anhängern dieser Gruppe gebilligt wird. Vielmehr liegen zahlreiche Anzeichen vor, daß die Anhänger der Gruppe Internationale im Reiche Selbständigkeit genug besitzen, um derartige Führergelüste zu ertücken. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Gruppe Internationale in Folge ihrer eifrigen praktischen organisatorischen Propaganda sich zu der größten und einflussreichsten linksradikalen Gruppe in Deutschland entwickelt hat. Unsommer ist es Aufgabe aller Linksradikalen, durch ihr Zusammenwirken mit der Gruppe Internationale etwa auftauchende theoretische Inkonsistenzen der Rückfälle in die alten organisatorischen Formen zu bekämpfen; es sei denn, daß die Gruppe Internationale von ihrem Gegensatz zur Arbeitsgemeinschaft und damit vom Prinzip der Massenaktionen zurückträte. Nur in diesem Falle würden wir ein selbständiges Vorgehen der übrigen linksradikalen Gruppen für notwendig halten. Bis dahin ist es die Pflicht aller Linksradikalen, der Gruppe Internationale, wenn auch unter Wahrung ihrer Eigentümlichkeiten, und unter Sicherung ihrer Bewegungsfreiheit, beizutreten; wie es Pflicht der Gruppe Internationale ist, aus ihrer bisherigen Gruppenpolitik herauszutreten und die nächste Gelegenheit zu ergreifen, alle linksradikalen Gruppen zu gemeinsamer Arbeit zusammenzurufen. Sollte sie diese Pflicht versäumen, so trüge sie die schwere Verantwortung für eine fortgesetzte Zersplitterung der Linksradikalen. Wir hoffen, daß schon die Konferenz der Arbeitsgemeinschaft die Gruppe Internationale an diese ihre dringendste Aufgabe der Sammlung aller linksradikalen Gruppen erinnern wird, und daß bereits die Vorbereitungen für diese Sammlung getroffen sind. Was an uns liegt, werden wir jedenfalls tun, um diesen Zusammenschluß zu fördern und erwarten mit Ungebuld die Bekanntgabe einer von der Gruppe Internationale angelegten Konferenz der Linksradikalen. Wir dürfen wohl vermuten, daß diese Konferenz bereits geplant ist, da das offizielle Organ der Gruppe Internationale, „Der Kampf“, in seiner letzten Nummer die Sammlung der Linksradikalen gebieterisch fordert. Wir hoffen, daß auch die I. S. D. sich diesem Zusammenschluß nicht widersetzen werden.

Das Zentrum der Partei und die Kriegsfragen.

2. Vom Charakter des Weltkrieges.

Der Leser des ersten Artikels könnte sagen: nun, gut, Kautsky fehlt eine richtige Perspektive, aber was den jetzigen Krieg anbetrifft, so hat er nach 30 Kriegsmonaten schließlich festen Grund unter den Füßen. Er hat doch sogar in seinem Friedensmanifest sich auf Zimmerwald berufen. Und schließlich handelt es sich in der praktischen Politik um das, was man heute tut. Die Ausführungen Kautskys beweisen das gerade Gegenteil. Kautsky negiert die Grundlagen einer gemeinsamen Haltung des Proletariats dem Weltkriege gegenüber.

Kautsky hält uns zuerst einen Vortrag darüber, daß der Imperialismus verschiedener Großmächte dank ihrer verschiedenen ökonomischen und politischen Zustände verschieden sei. England hat eine entwickeltere Textil- aber eine weniger entwickelte Schwerindustrie als Deutschland und die Vereinigten Staaten Amerikas. Es besitzt Freihandel und keinen entwickelten Militärismus, während Deutschland schutzjöllnerisch ist und ein stehendes Heer

besitzt usw., was an solchen Unterschieden sich schon jeder ABC-Schütze an den Sohlen abgelaufen hat.

„An allen diesen räumlichen und zeitlichen Verschiedenheiten im Charakter des Imperialismus sowie seiner Kompliziertheit mit den mannigfachen anderen Problemen — an allen dem geht achtlos derjenige vorbei, der meint, die Stellung zu jedem kriegführenden Staate und in jeder einzelnen Phase des heutigen Krieges sei schon mit der Konstatierung gegeben, daß wir im Zeitalter des Imperialismus leben. Das Bedürfnis, die unendliche Fülle der Motive und Tendenzen in den verschiedenen Staaten, bei den verschiedenen Klassen, unter den wechselnden Situationen auf das eine Schema des Imperialismus zu reduzieren, zwingt förmlich zur Blindheit gegenüber den Erscheinungen der Außenwelt, so daß man sie nur noch in jenem Dunkel sieht, in dem alle Rüche grau und alle Kriegsprobleme imperialistisch.“

Wir können von Kautsky nicht fordern, daß er alle die Artikel liest, die wir innerhalb der letzten zehn Jahre über die imperialistischen Fragen in der „Leipziger Volkszeitung“, „Bremer Bürger-Zeitung“ usw. veröffentlicht haben, wo wir über die besonderen Tendenzen des Imperialismus in verschiedenen Ländern dauernd berichteten. Aber mindestens die müßte er kennen, die er selbst aus unserer Feder in der „Neuen Zeit“ gebracht hat — manche, wie die über die Marokkokrise in den gespanntesten weltpolitischen Verhältnissen — und die es ihm verbieten müßten, solche Vorwürfe zu erheben. Und so wie wir, hat es van Ravensstein, einer der besten Kenner der Weltpolitik unserer Richtung getan, dessen letztes Buch: „Wereldoorlog“, (Zutphen, 1916, Verlag Thieme) — eine Sammlung seiner Artikel aus der Kriegszeit — direkt musterhaft die Unterschiede in der Struktur des Imperialismus der verschiedenen Länder herausarbeitet.

Der Streitpunkt zwischen uns und Kautsky in diesem Punkte ist nicht, ob wir blind den Unterschieden im Charakter des Imperialismus gegenüberstehen und er sie sieht — wie stark seine Sehkraft ist, bewies er am 3. August 1914, als er nicht wußte, worum es sich auf deutscher Seite handelte —, nicht, ob wir an den vorimperialistischen Elementen in diesem imperialistischen Weltkrieg achtlos vorübergingen, sondern in der Frage, ob all die verschiedenen Imperialismen trotz ihrer Verschiedenheit gleich verderbliche Folgen für das internationale Proletariat haben und ob ihnen allen die Internationale mit gleicher Entschiedenheit entgegenzutreten muß. Kurz, ob der Weltkrieg einen einheitlichen Charakter hat. Kautsky sucht lang und breit zu beweisen, daß verschiedene Teile der Bourgeoisie nicht immer eine reaktionäre Masse bilden. Wir haben im Laufe der letzten Jahre diese seine schönen Ausführungen 2-mal gelesen. Aber er wiederholt sie ganz gewiß nicht deswegen, um uns die Freude zu bereiten, alte Bekannte wiederzusehen, sondern um uns den Schluß nahe zu legen: wie wir bei den Unterschieden in der Struktur der Bourgeoisie mit einzelnen ihrer Teile ein Stück Wegs zusammengehen können, so ist es auch mit dem Imperialismus.

Und richtig: Kautsky erklärt, das Zentrum „lehne ebenso jene Verpflichtung (der Linksradikalen. D. B.) zu unbedingter Opposition ab, die aus dem imperialisti-

schen Charakter des Krieges gefolgert wird, wie jene Verpflichtung (der Sozialpatrioten. D. B.) zu unbedingter Unterstützung der Regierung, die aus dem Grundsatze der Landesverteidigung gefolgert wird. Das Zentrum entscheidet im Kriege über jeden besonderen Fall nach seinen besonderen Merkmalen“. Wir wissen, daß Kautsky, der am 3. August 1914 über die besonderen deutschen „Merkmale“ im unklaren war, später sich durch die französischen Merkmale zur Anerkennung der besonderen Lage der französischen Sozialpatrioten bestimmen ließ. (Siehe seine Erklärung im „Vorwärts“ vom 1. Januar 1916.) Hier ist der Unterschied zwischen Kautskys und unserer Position.

Unsere Blindheit demonstriert Kautsky an einem Zitat aus dem „Volksrecht“ (vom 5. August 1916), das lautet: „Die Kleinstaaten, die Kolonien besitzen, sind imperialistische Staaten, und die belgischen Proletarier, die ihr Blut für die Unabhängigkeit Belgiens versprechen, versprechen es, wenn auch ungewollt, nicht minder dafür, daß die belgischen Bourgeois es den Kongonegern abzapsen können.“ Entsetzt fragt Kautsky: „sind der Besitz dieser Kolonie und die Unabhängigkeit Belgiens unzertrennlich miteinander verbunden, so daß man für das eine nicht kämpfen kann, ohne für das andere zu kämpfen?“ Gewiß sind die beiden Dinge nicht unzertrennlich. Aber helfen die belgischen Proletarier der Entente zum Siege, und anders können sie für die „Unabhängigkeit“ ihres Landes nicht kämpfen, so haben sie auch für die Unzertrennlichkeit des Kongos von Belgien gekämpft. Und wenn Kautsky fragt, ob Belgien wegen des Kongos in den Krieg geraten ist, so würden wir ihm sehr die Arbeit des Historikers Rathgen (in den Preussischen Jahrbüchern) über die Kongofrage und den Weltkrieg empfehlen. Man mag in noch so vielen Punkten mit Rathgen differieren, daß die Angst um den Kongo für den Fall eines deutschen Sieges die belgische Regierung sehr stark auf die Entente drängt hat, kann keinem Zweifel unterliegen. Das haben auch die belgischen Genossen bei dem Erwerb des Kongos befürchtet. Sie hatten eben zur kapitalistischen belgischen Regierung nicht das Vertrauen des Genossen Kautsky; sie glaubten, daß die Aussicht auf Verlust einer Kolonie, die allein in Catanga Milliarden an Werten birgt, auf die Haltung der Regierung nicht ohne Einwirkung bleiben würde.

Noch gekünstelter scheint Kautsky unsere Behauptung, daß durch die allgemeinen kapitalistischen Zusammenhänge auch die Bourgeoisie der Kleinstaaten, die keine Kolonien besitzen oder sogar keine besitzen können, Nutznießer des Imperialismus ist. Daß sie einerseits durch Investierung ihres Kapitals in den imperialistischen Unternehmungen der Großmächte, ein Interesse an dem Siege eines oder des anderen Lagers haben können, daß andererseits die Anlage des fremden Kapitals in den Kleinstaaten die Haltung der Bourgeoisie des Kleinstaates oft im Sinne des Geldverleihers beeinflusst. Dies alles sei eine „verzweifelte Konstruktion“. Und Kautsky stellt uns dann zerschmetternde Fragen. Wenn dem so ist, so müßte doch z. B. deutsches in Rußland investiertes Kapital ein Interesse an Rußlands, französisches in der Türkei investiertes ein Interesse am Siege der Türkei haben? Das sind Spiegelschekereien. Das deutsche Kapital kann

desto besser Rußland und das französische die Türkei ausbeuten, je größer die Macht Deutschlands oder Frankreichs ist, denn die Unterstützung der Regierung verschafft ihm bessere Bedingungen der Ausbeutung von Rußland resp. der Türkei.

Diese kann dem Uebersee exportierenden Kapital des Kleinstaates seine Regierung nicht geben, es lehnt sich an die Großstaaten an. Ohne die Macht des deutschen Imperialismus käme z. B. das schweizer Kapital gar nicht dazu, sich an der Bagdadbahn zu beteiligen, weil sie ohne den Druck Deutschlands nicht gebaut worden wäre. Ob es den schweizer Teilnehmern an dem Bau der Bagdadbahn nicht gleich wäre, wenn sie von Engländern geleitet wäre — fragt Kautsky. Nein, werter Genosse Kautsky, denn die schweizer Kapitalisten kennen die Bagdadbahnfrage besser als Sie: wenn England in diesem Kriege entscheidend siegt, wird es den größten Teil der Bagdadbahn nicht bauen, weil dies seinen Interessen widerspricht. Das würde aber die Profitaussichten sehr mindern, denn die Bagdadbahn würde zu einer kleinen Provinzbahn herabsinken. In gleicher Weise kann man die anderen zerschmetternden Fragen Kautskys beantworten. Aber dies ist nicht nötig. Denn würden die Kapitalisten der Kleinstaaten so unbeteiligt an der imperialistischen Politik wie der Genosse Kautsky sein, würde in der kapitalistischen Welt das Wunder bestehen, daß in ihrer Mitte ganze Staaten mit höchstentwickeltem Kapitalismus als von seinen modernen, gewaltigen Tendenzen unberührte Oasen existieren, das alles würde nichts an der wichtigsten, durch die Erfahrungen dieses Krieges erhärteten Tatsache ändern: kein Kleinstaat, gleichgültig ob er in den imperialistischen Weltkrieg freiwillig eintritt, ob er als Opfer des Imperialismus in ihn hineingezerrt wird, kann eine selbständige Politik treiben, er kämpft als Teil der imperialistischen Koalition, als sehr wehrloses Werkzeug für die allgemeinen Interessen des Imperialismus. Das entscheidet auch die Frage, ob das Proletariat der Kleinstaaten dieselbe Politik treiben kann, wie das der Großstaaten, oder ob es sich an die „besonderen“ Merkmale zu halten hat.

„In dem jetzigen Krieg verfolgen alle kapitalistischen Staaten, selbst wenn man annehmen würde, daß sie gegen ihren Willen in den Krieg hineingezogen wurden, imperialistische Ziele.“ Alle kapitalistischen Staaten! Was für ein „Blinder“ schrieb das? Gustav Eckstein schrieb diese Worte kurz vor seinem Tode in einem Artikel des Avanti, Gustav Eckstein, von dem Kautsky im Nekrolog schrieb, er habe „die politische Dekonomie gemästert“, Eckstein, dessen Tod Kautsky als den Verlust der „rechten Hand“ beklagte.

Es zeigt sich, daß die linke Hand nicht weiß, was die rechte wußte und so klar niederschrieb. Das beweist nur, daß jüngere Theoretiker des Zentrums nach langem Schwanken die Blindheit den Tatsachen gegenüber aufgeben mußten, die sich Kautsky als besonderes marxistisches Verdienst anrechnet. Er sieht Bäume, sieht aber den Wald nicht. Sieht Imperialismen, sieht den Imperialismus, den imperialistischen Krieg nicht. Deswegen kommt er zu einer besonderen Politik der Arbeiterklasse jedes imperialistischen Landes nach seinen besonderen Merkmalen, zu einer besonderen Politik des Proletariats in den Kleinstaaten. Indem er die Auflösung der Inter-

nationale zu ihrem Ideal erhebt, erklärt er mit Stolz, das sei der Standpunkt der ersten und der zweiten Internationale gewesen. „Wir brauchen nur wieder seine allgemeine Anerkennung, brauchen keinen neuen internationalen Standpunkt und keine neue Internationale.“

Aber Genosse Kautsky, da haben Sie ja alles, was Ihnen zum Glück nötig ist, und Sie können mit Scheidemann, Plechanow, Renaudel usw. eine freundliche Unterhaltung über die „besonderen Merkmale“ beginnen. Es wird ein Symposium sein, das hoffentlich seinen Plato findet, ein Symposium der Sozialpatrioten aller Länder. Aber eine internationale proletarische Aktion wird und kann es nicht fördern.

Der „Blindheit“ der Linksradikalen stellt Kautsky seinen eigenen positiven Standpunkt entgegen. Ihn den Lesern zu zeigen ist ein besonderer Genuß. Niemals zeigte sich ein Philosoph in einem zerrisseneren und zerschabteren Mantel, als der Theoretiker des Zentrums.

Aus unserm politischen Tagebuch.

5. März.

Es ist gelungen, eine Verständigung zwischen den linksradikalen Gruppen von Hamburg, Bremen, Hannover und Rüstingen auf folgender Grundlage herbeizuführen:

Die Notwendigkeit des Zusammenschlusses der linksradikalen Gruppen und ihrer Trennung vom Zentrum der Partei wird anerkannt. Die praktischen Vorarbeiten dazu sind mit aller Kraft aufzunehmen.

1. Durch die Zusammenfassung der auf dem Boden des Linksradikalismus stehenden oppositionellen örtlichen Organisationen,
2. durch Beeinflussung dieser Organisationen im Sinne der Gründung einer selbständigen linksradikalen Partei,
3. durch Delegation von Vertretern auf die Vorkonferenz der Gruppe Internationale, die gehalten sind, im Sinne der Zusammenfassung der Linksradikalen auf dieser Vorkonferenz und
4. dahin zu wirken, daß die Vertreter der linksradikalen Organisationen auf der Konferenz der Arbeitsgemeinschaft geschlossen auftreten, um ihre Stellung zum Zentrum öffentlich scharf zu bestimmen und dort Propaganda für den Linksradikalismus zu betreiben.
5. Die Gründung einer linksradikalen Tageszeitung für Nordwestdeutschland soll in die Wege geleitet werden.

6. März.

„Man mag die Möglichkeiten des freien Weltmarktes noch so hoch einschätzen, das ändert doch nichts daran, das die deutsche Volkswirtschaft der Kolonien nicht entraten kann. . . . Bleiben diese Kolonien deutsch (und daß sie deutsch bleiben und zu einem zusammenhängenden afrikanischen Kolonialreich ausgebaut werden, ist eines unserer wichtigsten Kriegsziele) . . .“ So verkündet Herr August Winnig in den Monatsheften. Zu einem deutschen zusammenhängenden Kolonialreich gehören die Kleinigkeiten belgisch Kongo und portugiesisch Angola. Die schluckt August der Starke man so über. Nach solcher Leistung legt er aber auch die Hand dafür ins Feuer, daß weder Bethmann-Hollweg noch seine getreuen Sozialimperialisten an irgendwelche Eroberungen denken. Das für die Kolonialpolitik der Sozialismus herhalten muß, versteht sich am Rande.

Feuilleton

Rohlsuppe.

Einer alten Witwe raffte der Tod den einzigen, zweiundzwanzigjährigen Sohn dahin — er war der erste Arbeiter im Dorf.

Die gnädige Frau, die Besitzerin dieses Dorfes, hörte, welches Leid die Witwe betroffen, und suchte sie am Tage der Beerdigung auf.

Sie fand sie zuhause.

Mitten in der Stube vor dem Tische stehend, schöpfte sie mit der rechten Hand (die linke hing kraftlos herab) mit langsamen gleichmäßigen Bewegungen dünne Kohlsuppe aus einem veräucherten Topf und führte den Löffel ununterbrochen zum Munde.

Das Gesicht der Alten war trübe und abgemagert, die Augen rot und geschwollen; aber sie hatte eine feste, gerade Haltung wie in der Kirche.

„Mein Gott!“ dachte die gnädige Frau. „In einem solchen Augenblick kann sie noch essen . . . welch rohe Empfindungen haben doch all diese Leute!“

Und die gnädige Frau erinnerte sich, wie sie vor einigen Jahren, da sie ihr neunmonatliches Töchterchen verloren, vor Gram es abgelehnt hatte, eine sehr schöne Villa in der Nähe von Petersburg zu mieten, und den ganzen Sommer in der Stadt geblieben war! . . . Und die Alte aß noch immer von ihrer Kohlsuppe.

Endlich vermochte die gnädige Frau nicht mehr an sich zu halten.

„Tatjana!“ sprach sie. „Am Gottes willen! Ich bin erstaunt! Du hast deinen Sohn also garnicht geliebt? Du hast nicht einmal den Appetit verloren? . . . Wie kannst du nur diese Kohlsuppe essen!“

„Mein Wassja ist tot“, entgegnete leise die alte Bäuerin und von neuem rollten ihr bittere Tränen über die eingefallenen Wangen. „Nun ist auch mein Ende nahe! Bei lebendem Leibe hat man mir den Kopf genommen. Aber darum kann ich doch die Kohlsuppe nicht verkommen lassen: sie ist ja gesalzen.“

Die gnädige Frau zuckte nur die Achseln — und entfernte sich. Sie bekam ihr Salz billig.

Iwan Turgenjew.

Der Berichterstatter.

Von Iwan Turgenjew.

Zwei Freunde saßen am Tische und tranken Tee.

Plötzlich erhob sich ein lauter Lärm auf der Straße. Man vernahm klägliches Stöhnen, heftige Schimpfworte und schadenfrohes, schallendes Lachen.

„Da wird jemand geprügelt“, bemerkte einer der Freunde, zum Fenster hinausblickend.

„Ein Missetäter? Ein Mörder?“ fragte der andere. „Höre einmal: wer es auch sei, wir dürfen nicht zulassen, daß er ohne Urteilspruch gerichtet werde. Komm, laß uns für ihn eintreten!“

„Es ist ja kein Mörder, den sie da prügeln.“

„Kein Mörder? Also ein Dieb? Es ist ganz gleich, wir wollen ihn dem Pöbel entreißen.“

„Auch ein Dieb ist's nicht.“

„Auch kein Dieb? Also vielleicht ein Kasserer, oder ein Eisenbahnwindler, ein Armeelieferant, ein russischer Mäcen, ein Advokat, ein gesinnungstüchtiger Redakteur, eine edle Seele, die sich fürs Gemeinwohl opfert? — Wer es auch sei, wir müssen ihm helfen.“

80

„Du hast's nicht erraten: sie prügeln einen Berichterstatter.“
„Einen Berichterstatter? — Hm, weißt du was? Da wollen wir doch erst unsern Tee austrinken.“

„Des Thoren Urteil wirst du hören . . .“
Putzkin.

„Des Thoren Urteil wirst du hören . . .“ Du hast immer wahr gesprochen, du unser großer vaterländischer Dichter; und auch in diesem Falle hast du Recht.

„Des Thoren Urteil und der Menge Lachen“ — wer hat nicht dieses wie jenes kennen gelernt?

All dies kann man — und muß man ertragen; und wer sich stark genug fühlt, der mag es auch verachten.

Aber es gibt Schläge, die empfindlicher berühren, die das Herz selber treffen. Es hat jemand alles getan, was in seinen Kräften lag; er hat angestrengt, redlich, mit Hingebung gearbeitet. . .

Da wenden sich ehrliche Herzen mit Widerwillen von ihm ab; ehrliche Gesichter röten sich vor Unwillen, wenn sein Name genannt wird. „Fort mit dir! Hebe dich von hinnen!“ schreien ihm ehrliche jugendliche Stimmen entgegen. „Wir brauchen weder dich noch dein Bemühen; du entehrst unser Haus, du kennst und verstehst uns nicht, du bist unser Feind.“

Was soll der also Verstößene tun? Er fahre fort zu arbeiten, er mache keinen Versuch, sich zu rechtfertigen — ja er erwarte nicht einmal eine gerechte Beurteilung.

Einst verfluchten die Landleute jenen Reisenden, der ihnen die Kartoffel, die tägliche Nahrung der Armen, an Stelle des Brotes gebracht. Sie schlugen ihm das kostbare Geschenk, welches er ihnen darbot aus der Hand, warfen es in den Koth und traten es mit Füßen.

Jetzt nähren sie sich davon — und wissen nicht einmal den Namen ihres Wohltäters! Sei es drum! Was soll ihnen sein Name? Auch in seiner Namenlosigkeit bewahrt er sie vor dem Hungertode. Laßt uns nur darauf sehen, daß das, was wir darbieten, in der Tat nützliche Speise sei. Bitter fürwahr ist ungerechter Tadel im Munde derer, die wir lieben. Aber auch er läßt sich ertragen.

„Schlage mich, doch höre mich an!“ sprach der athenische Feldherr zum spartanischen.

„Schlage mich, aber — sei gesund und satt!“ müssen wir sagen.
Von Iwan Turgenjew.

Berschwörung.

Ihr wirtet stets Berschwörung und Komplotte und sehet hin die blutigen Gerichte, indessen aber lächelt die Geschichte auf euch hernieder mit dem klugen Spotte.

Wenn wir uns scheuten vor des Tages Lichte, dann wären wir nur Bonzen unserm Gotte, dann wären wir, fürwahr, nur eine Rotte, und so wie ihr dann gingen wir zunichte.

Hell wie die Sonne, wandelt der Gedanke, der uns verknüpft aus nächtigen Kerkerwänden, hoch über euren Häuptern, ohne Schranke.

Wir sind wie jene wunderbare Bäume die der Befruchtung Keim einander senden, ob sie getrennt durch länderweite Räume.

Hartmann.

Mißtrauen in gewissem Sinne und in gewissen Umständen ist eine höchst revolutionäre Eigenschaft.
Cassalle, Briefe an Marx (11. März 1860).

Verantwortlich: Frau Ahrens; Druck und Verlag: Verlag der „Arbeiterpolitik“ (Karl Becker); sämtlich in Bremen.



Arbeiterpolitik

2. Jahrg.

Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus.

Nr. 14

Erscheint wöchentlich einmal.
Redaktion u. Expedition:
.: Nummderstraße Nr. 23. :.

Bremen, den 17. März 1917

Einzel-Nummer 15 Pfg. Durch
die Post bez.: monatlich 60 Pfg.,
vierteljährlich 1.80 M. o. Bestellgeld

Inhalt:

Noch sind nicht alle Märsche vorüber	Seite 81
Partei und Bewegung	83
Leusch-Erdmann-Borchardt	84
Aus unserm politischen Tagebuch	86
Feuilleton: Das Lied des Falken. Von Maxim Gorki	87

Noch sind nicht alle Märsche vorüber.

Das altmodische Gespenst.

Wenn die Stürme des März kamen, so erinnerte früher die Sozialdemokratie die Arbeiter an jene Tage, in denen 1848 und 1871 politische Stürme am alten Gemauer Europas gerüttelt haben. Sie erinnerte an den Frühling der Völker, an den Ansturm der Arbeiter und Kleinbürger von Paris nach Wien gegen die feudalen Throne, an den Aufstand des Pariser Proletariats, das ungebrochen durch die Entbehrungen der Belagerung nach dem nationalen Kriege die Fackel des Bürgerkrieges anzündete, um für die eigenen Interessen gegen den „inneren Feind“, die Versailler Krautjunker und Kapitalisten, zu kämpfen. Aller Tage gedenkend mahnte die Sozialdemokratie die Proletarier: Der Tag, der Tag wird kommen . . .

Als sie aber „umlernten“, als sie aus proletarischen Klassenkämpfen zu Stützen der Bourgeoisie wurden, da verfluchten sie die Erinnerung jener Tage, die ihnen das Rainszeichen in die eiserne Stirn einbrannten, jener Tage, an denen das Volk aufstand. Am Tage, der die März-erinnerung heraufbeschwört, wandte sich Scheidemann — es war Anno 1915 — an die Bourgeoisie mit der flehentlichen Bitte, sie solle doch den Arbeitern ein Stückchen Brot und ein bißchen Freiheit gewähren, damit die März-erinnerung nicht mehr zu Fleisch und Blut werde. Und die Schriftgelehrten Cunow und Renner, sie suchten dem Gespenst einzureden, es sei doch schon zu altmodisch, es solle doch aufhören herumzuspucken. Sie bewiesen, daß die Erinnerungen an die Revolutionen auf die jetzige sozialdemokratische Generation nur irreführend wirken können. Einst, als die Bourgeoisie ihre Revolutionen auskämpfte, da handelte es sich um die Niederreißung alter morscher absolutistischer Gebäude, um die Aufräumung des feudalen Schutts. Das konnte in kurzen, dramatischen Perioden des Bürgerkrieges geschehen. Jetzt handle es sich um den Umbau der Produktion, der Grundlagen der Gesellschaft und das kann nur in langwieriger, methodischer Arbeit geschehen, in der Förderung der Organisation, der die einst individualistische

Bourgeoisie ihre Wirtschaft eigenhändig unterwerfen muß. Drum fort mit den Gespenstern, es lebe die Arbeitsgemeinschaft der Klassen, die Monopolisierung der Wirtschaft.

Anknüpfend an einen Artikel Friedrich Adlers, der diese emzige Totengräberarbeit dem Proletariat denunzierte, schrieb einmal Heilmann, der Chemnitzer Prophet der Umlerner, der tiefste Unterschied zwischen den Männern des 4. August und der „Opposition“ bestehe eben darin, daß sie aus Veteranen alter demokratischer Kämpfe, oder aus jungem demokratisch-kleinbürgerlichem Nachwuchs bestehe, dem die formelle Demokratie alles sei, während die Gewerkschaftler und die Umlerner als wissenschaftliche Sozialisten wissen, daß die Organisation der Wirtschaft alles sei. Dieses Liedchen widerspricht zwar der anderen Anklage, als seien wir Anarchisten, Anarcho-Syndikalisten und Anarcho-Sozialisten, oder wie die schreckliche Spezies von Menschen heißt, die auf jeden politischen Kampf und den geheiligten Parlamentarismus respektlos pfeift, aber es ist nicht weniger unsinnig. Und wir glauben am besten der alten März-kämpfe zu gedenken, wenn wir das eine wie das andere sozialistische Gerede untersuchen. So wird der Charakter der alten März-tage ins richtige Licht gerückt.

Brot und Freiheit.

Schon in den Tagen des März 1848, als es galt, in Frankreich die Herrschaft der Bourbonen und Finanzoligarchen und in Deutschland wie Oesterreich die des Feudalismus zu stürzen, standen vor der jungen Arbeiterklasse keine formell demokratischen, keine nur demokratischen Aufgaben. Nicht nur ihre weitsehenden Vorkämpfer, die Marx und Engels, sahen in der bürgerlichen Revolution einen Uebergang zur proletarischen, in der Republik den Weg zum Sozialismus selbst. Die breiten Massen der Arbeiterklasse, die zum großen Teil noch in den Kinderstühlen des Handwerkerproletariats steckten, also noch unklar sein mußten über den objektiven Sinn ihres Kampfes, über das Wesen des Sozialismus, auch sie fühlten dumpf, daß die bürgerliche Freiheit, die demokratische Republik nicht genüge. Ihr Sehnen nach einer Gesellschaftsordnung, die das Schicksal der Lasttiere von ihnen nehmen sollte, drückte sich unklar aus in dem Schrei nach der sozialen Republik, in konfusen Forderungen von Arbeitsministerien, vom Recht auf Arbeit. Alle diese Illusionen über das Wesen der bürgerlichen Demokratie, alle ihre Hoffnungen, die Dornen könnten Feigen tragen, sie waren nichts anderes, als Ausdruck der Tatsache, daß, indem das junge Proletariat